

ANTRAG

der Fraktion DIE LINKE

Strategieplan zur Sicherung der hausärztlichen Versorgung vorlegen

Der Landtag möge beschließen:

I. Der Landtag stellt fest:

1. Der Altersdurchschnitt der niedergelassenen Hausärzte ist in Mecklenburg-Vorpommern besorgniserregend hoch. Jeder zweite Hausarzt in Mecklenburg-Vorpommern ist über 50 Jahre, jeder Fünfte sogar über 60 Jahre alt.
2. Bei der Aufstellung der Bedarfspläne der Kassenärztlichen Vereinigung zur Sicherstellung der vertragsärztlichen Versorgung ist die Landesregierung einbezogen. Dem Ministerium für Arbeit, Gleichstellung und Soziales Mecklenburg-Vorpommern stehen in dem Verfahren der Planaufstellung als oberste Landesbehörde echte Kontroll- und Beanstandungsrechte im Rahmen ihrer Rechtsaufsicht zu. Die Landesregierung kann somit nicht unwesentlich Einfluss auf die Aufstellung der Bedarfspläne nehmen.

II. Die Landesregierung wird aufgefordert, den Landtag bis zum Juni 2015 darüber zu unterrichten, welche Vorstellungen die Landesregierung zur künftigen hausärztlichen Versorgung hat und welche Maßnahmen sie zur Gewährleistung einer bedarfsdeckenden und wohnortnahen hausärztlichen Versorgung, insbesondere im ländlichen Raum, für geboten hält.

Helmut Holter und Fraktion

Begründung:

Durch die Altersstruktur der Hausärzte droht Mecklenburg-Vorpommern in den nächsten Jahren eine Unterversorgung, wenn es nicht gelingt, die frei werdenden Hausarztpraxen neu zu besetzen. Das droht in den nächsten 5 Jahren in den Regionen um Neubrandenburg, Teterow und Güstrow, aber auch im Bereich Wismar.

Setzt sich der bisherige Rückgang der praktizierenden Hausärzte fort, ist in 10 bis 15 Jahren ganz Mecklenburg-Vorpommern unterversorgt. Die medizinische Grundversorgung wäre in allen Landesteilen deutlich beeinträchtigt.

Um das zu verhindern, muss die Landesregierung jetzt bestehende Einflussmöglichkeiten prüfen, ein strategisches Konzept entwickeln und die notwendigen Maßnahmen einleiten, damit auch künftig jeder Einwohner in Mecklenburg-Vorpommern Zugang zu einem Hausarzt in erreichbarer Nähe haben kann.

Jede Verzögerung verschlechtert die Handlungsmöglichkeiten im Land, da andere Bundesländer ähnliche Probleme haben und die Ausbildung eines Mediziners mindestens 11 Jahre dauert.